Vor Wut schreit die imperialistische Ausbeuterpresse nach dem **Krieg mit Rußland.** „Die Bolschewisten sind an allem schuld," meinen die Herrschaften. Denn ohne „das russische Beispiel" hätten die „chinesischen Kuli" noch weiterhin schlechter als räudige Hunde sich behandeln, bis zum Verrecken sich ausbeuten und nach Gutdünken von den englischen Ausbeutern einfach sich über den Haufen schießen lassen. So wie etwa in Preußen die Severing-Polizei Arbeiter über den Haufen schießt, wenn die Bourgeoisie gerade ein „Schützenfest" begehen will in Vaterlandes Saus und Braus.

Mag sein, daß wirklich das Beispiel der russischen Arbeiter und Bauern drunten in China die Arbeiter aufgeweckt hat und sie ermunterte, den Kampf um ihr Menschenrecht gegen die schurkischen Ausbeuter kühn und trotzig aufzunehmen. Mag sein, daß sogar die Rittahnen davon wissen, daß in der Sowjetunion alle Völker und Rassen friedlich und gleichgeachtet zusammenleben, daß kein Volk dort das andere unterdrückt.

Auch das mag sein, daß, wie die englische Ausbeuterpresse schreit, **„die Gefahr einer internationalen Katastrophe"** droht zu erstehen aus den Vorgängen in China und Marokko.

Sicher ist jedenfalls nur, daß die französischen und englischen Arbeiter sich gegen die imperialistischen Schandtaten in China und Marokko so drohend erheben, daß ihre Ausbeuter zittern.

Und **auch gegen den Garantiepakt.** Die englischen Gewerkschaften führten längst eine Kampagne in England **gegen den deutschen Dawespakt,** der den deutschen Arbeiter so verelendet und versklavt, daß er dem englischen jede gemeine Schmutzkonkurrenz macht. **Internationale proletarische Solidarität** verlangen die englischen Gewerkschaften zur Abwehr der internationalen Anstürme der Reaktion. Und mit noch größerer Entschiedenheit bekämpfen die englischen und französischen Arbeiter den **Garantiepakt,** weil sie rechtzeitig erkannt haben, was er bedeutet, nämlich den **neuen Weltkrieg gegen Räterußland und damit eine weitere Versklavung des gesamten Weltproletariats.**

*

Was tun aber SPD. und ADGB.? Gegen Zölle, Steuern, Teuerung, Massenaussperrung, gegen die monarchistische Reaktion und die brutale Ausbeuteroffensive auf der ganzen Linie führen diese behaglichen Herren einen **heuchlerischen Scheinkampf** mit leeren Phrasen und Redensarten im Parlament und in leichten „Kundgebungen". Vor allem aber sind sie darauf bedacht, ja **nicht** das Spiel der Unternehmer zu stören und ja nicht dem Arbeiter die Dinge zu zeigen, wie sie sind, wie die englischen und französischen Sozialisten und Gewerkschaftler selbst schildern.

Die englische, amerikanische, französische und auch die deutsche bürgerliche Presse erklärt ganz offen: „Der Garantiepakt bedeutet den Krieg gegen Sowjetrußland, der russische Arbeiterstaat muß vernichtet werden!" Der Garantiepakt ist die **imperialistische Einheitsfront gegen das Weltproletariat und gegen Rußland!"**

Längst haben fünf Millionen englische und sechs Millionen russische Gewerkschaftler ein Schutz- und Trutzbündnis geschlossen.

Arbeitereinheitsfront gegen Ausbeutereinheitfront!

Nur der ADGB. sabotiert diese proletarische Einheitsfront noch mit allen Listen und Ränken im nationalen und internationalen Rahmen. Und ebenso die SPD. Diese Partei wagt heute noch, entgegen der gesamten **bürgerlichen** Presse der Welt, den Garantiepakt den Arbeitern als ein „Friedensinstrument" anzupreisen! Und schamloser, dreister und dümmer als das gemeinste reaktionäre Ausbeuterblatt hetzt die SPD.-Presse zum Krieg gegen den russischen Arbeiterstaat. Sie will ihr „segensreiches" Werk, den Dawespakt, „vollenden" mit dem Garantiepakt mit dem Völkerbund. Sie will die deutsche Arbeiterschaft in einen neuen Krieg stürzen, weil ihre Ministerlinge hoffen, dabei wieder im Trüben fischen zu können.

Arbeiter, verlangt in euren politischen und gewerkschaftlichen Organisationen Rechenschaft von solchen „Führern". Sie üben Verrat an der Sache des Proletariats, sie fechten für die Einheitsfront der Ausbeuter.

Kämpft um die Einheitsfront der Arbeiter!

Kämpft, jeder an seiner Stelle, in Betrieb, Verband, Verein!

Denkt an das Leipziger Fallbeil, erobert die Amnestie!

Neue Enthüllungen über das Tscheka-Urteil.

Am Freitag, den 18. Juni, hat im Hosse-Ausschuß des Preußischen Landtags der Ministerialdirektor Krohne vom „Wohlfahrts"ministerium die Rolle des ärztlichen Gerichtssachverständigen Dr. Thiele im Leipziger „Tscheka"-Prozeß zur Sprache gebracht. Die Aussage des Ministerialdirektors lautete:

Dr. Thiele habe erklärt, er sei im Tscheka-Prozeß beschäftigt gewesen und habe den Eindruck gewonnen, daß man beim Staatsgerichtshof mit seiner Gutachtertätigkeit einverstanden gewesen sei; man habe ihm die Bewerbung um eine Reichsgerichtsarzt-Stelle anheimgegeben.

Der Ministerialdirektor Krohne ist der Vater jenes mörderischen Haftfähigkeitserlasses, durch den unter anderen der Minister Hoefle zu Tode gebracht worden ist. Der Medizinalrat Dr. Thiele war dabei der „sachverständige", „wissenschaftliche" Lakai. Der Ministerialdirektor als Regierungsagent will die Blutschuld auf den Lakaien abwälzen; daher diese Enthüllung.

Der Dr. Thiele ist der Helfershelfer bei drei Todesurteilen und achtzig Jahren Kerkerstrafe, verhängt vom Staatsgerichtshof gegen Arbeiter. Da es hier nicht um einen Minister geht, sondern um anderthalb Dutzend Arbeiter, so **verschweigt** die gesamte Bourgeois- und Sozialdemokratenpresse die Enthüllungen des Ministerialdirektors.

Zehn Wochen lang hat Dr. Thiele im Tscheka-Prozeß den willfährigen Gutachter des Riednergerichts gemacht — **das Riednergericht war mit ihm zufrieden und schlug seine Beförderung vor.**

Am letzten Prozeßtag wurde der Verteidigerantrag auf sofortige Ueberführung des hystero-epileptischen Kronzeugen gegen die KPD., Felix Neumann, vom Gericht abgelehnt; die „sachverständige" Begründung dazu lieferte der „wissenschaftliche" Lakai des Blutgerichts, Dr. Thiele. **Das Blutgericht war zufrieden.**

Die unzähligen Beweise (Krankenakten, Aussagen der Verwandten des Neumann) für den pathologischen Zustand des Kronzeugen hat der „sachverständige" Dr. Thiele in den Wind geschlagen; über den hystero-epileptischen Anfall des Neumann während des ganzen Prozesses selbst ging er mit einem wissenschaftlichen Lächeln hinweg. **Das Riednergericht hatte Grund, Dr. Thiele zur Beförderung vorzuschlagen.**

Das Urteil wurde gefällt, es **konnte** nur gefällt werden auf Grund der Neumannschen Aussagen. Der sozialdemokratische Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld erklärte daher: „Nicht das Gericht — Felix Neumann spricht das Urteil." Das aber war nur möglich auf Grund des „Sachverständigen-Gutachtens" des Dr. Thiele, der somit dem Gericht, den Polizeikommissaren und den Großinquisitoren (den Herren Vogt usw.) die letzte Handhabe lieferte. Dr. Thieles Erklärung: „Neumann ist gesund folgte die **Quittung des Riednergerichts: Thiele wird zur Beförderung vorgeschlagen.**

Wieder ein Todesurteil in Leipzig!

Im Mecklenburger Spitzelprozeß beantragte heute der Reichsanwalt gegen den Angeklagten Zeutschel, dessen Unschuld am Mord des völkischen Spitzels Jonas durch mehrere Zeugenaussagen erwiesen ist, die Todesstrafe. Gegen die Angeklagten Winkel und Warncke, die mit dem Mord an Jonas überhaupt in gar keinem Zusammenhang stehen, beantragte der Reichsanwalt je 4 Jahre Zuchthaus, gegen den Angeklagten Schmidt 4 Jahre Gefängnis. Das Urteil soll am Mittwoch gefällt werden.

Nach dem dreifachen Todesurteil des Staatsgerichtshofes gegen Neumann, Poege und Skoblewski, das einen unbeschreiblichen Proteststurm in allen Schichten der Werktätigen Deutschland hervorrief, hat es ein Reichsanwalt wieder gewagt, ein Todesurteil beim Staatsgerichtshof zu beantragen. Gegen den Kommunisten Zeutschel wurde dieses Todesurteil beantragt, er soll den völkischen Spitzel Jonas erschossen haben. Dabei ist durch Zeugenaussagen einwandfrei erwiesen, daß Zeutschel als Täter gar nicht in Betracht kommen kann, dabei liegt es offensichtlich auf der Hand, daß der Mord an Jonas genau so ein Werk der völkischen Feme ist wie der Parchimer Fememord und der Mahlsdorfer Knabenmord. Doch während noch gegen keinen einzigen völkischen Fememörder auch nur eine ernsthafte Freiheitsstrafe, geschweige denn die Todesstrafe, verhängt worden ist, währenddem der Rathenau-Mörder Küchenmeister frei herumläuft, nimmt die deutsche Schandjustiz völkische Morde zum Anlaß, um mörderische Terrorurteile gegen die Kommunisten, gegen die gesamte Arbeiterschaft zu verhängen. Konnte sich im Leipziger Spitzelprozeß der Reichsanwalt noch auf die Aussagen des geisteskranken Neumann und das Gutachten des, nach eigenem Geständnis, um seinen Posten bangenden, völlig gewissenlosen Dr. Thiele stützen, so hat der Reichsanwalt, der gestern die Todesstrafe beantragte, nichts in der Hand als die widerspruchsvollen Aussagen eines erwiesen gekauften Spitzels und einiger vorher systematisch bearbeiteter weiblicher Zeuginnen, darunter die Frau des Jonas, die mit ihm seine Spitzeleien verübt hat. Und erst die übrigen Angeklagten, gegen die je 4 Jahre Kerker beantragt sind! Sie haben mit dem Mord an Jonas nicht das geringste zu tun! Würde der Staatsgerichtshof ehrlich die Schuld oder Unschuld der Angeklagten suchen, es wäre der Verteidigung ein leichtes, den völligen Freispruch aller Angeklagten zu erzielen. Doch

von diesem Staatsgerichtshof, der nicht einmal die Gegenbeweise der Verteidigung anhören wollte, ist nur ein blutiges, terroristisches Klassenurteil zu erwarten.

Durch das Urteil soll Schrecken unter der Arbeiterschaft verbreitet werden, soll die Kommunistische Partei erneut als „Mörderpartei" verleumdet werden, soll nach dem politischen Fehlschlag des Rausch-Prozesses die Stimmungsmache für ein neues Verbot der KPD. genährt werden. Darum ist zu befürchten, daß die deutsche Klassenjustiz, gleich den bulgarischen Henkern, vor einem neuen glatten Justizmord nicht zurückschreckt. Darum müssen sich die werktätigen Massen wie ein Mann erheben und diesen Mord verhindern.

In allen Betrieben, Werkstätten, überall wo Werktätige diesen Justizmord verurteilen, müssen sie auf den Plan treten. Das blutige, von Sozialdemokraten durchsetzte Standgericht Leipzig soll es nicht wagen können, den Mordspruch zu fällen, die deutsche Bourgeoisie soll es nicht wagen dürfen, auch nur ein Todesurteil zu vollstrecken! **Die Vollamnestie muß endlich erkämpft werden!**

Massen heraus!

Thiele ist nur der Lakai. Die oberen und obersten Regierungsbehörden tragen die Blutschuld.

Am 23. April ist das dreifache Todesurteil gefällt, der scheußlichste aller Justizmorde vollzogen worden. Bis zum heutigen Tage hat das Riedner gericht noch nicht gewagt, mit der schriftlichen, offiziellen Urteils-„Begründung" an die Oeffentlichkeit zu treten. Die zum Tode und Zuchthausjahrzehnten verurteilten Arbeiter — an ihrer Spitze der tapferste der deutschen Proletarier, Margies — liegen seit zwei Monaten in den Kerkern, das Schafott vor Augen — ungewiß, ob es wirklich fallen werde.

Das Urteil ist null und nichtig — die Enthüllung des Ministerialdirektors hat das kommunistische Urteil über das Riedner Urteil erneut bestätigt. Ihr Arbeitermillionen, wollt ihr die grenzenlose Marter und Qual der Leipziger Verurteilten und aller 7000 Gefangenen ruhig mit ansehen? Das ist unmöglich. Könnt ihr die Leipziger Klassengenossen vergessen? Nein und tausendmal nein! Also her mit dem Massensturm für die allgemeine Freilassung, **für die volle Amnestie!**

Für die Vollamnestie!

Halle. Die Stadtverordnetenversammlung von Zeitz hat einen kommunistischen Antrag angenommen, in welchem von der Luther-Regierung die Vollamnestie gefordert wird. Außer den Kommunisten und Sozialdemokraten stimmten auch einige dem Bürgerblock angeschlossene Stadtverordnete dafür, die übrigen übten Stimmenthaltung.

Das Chemnitzer Stadtverordnetenkollegium für die Amnestie der proletarischen Gefangenen

Chemnitz, 19. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Das Chemnitzer Stadtverordnetenkollegium nahm in seiner gestrigen Sitzung einen Antrag der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion an die Reichs- und Landesregierung, der die Amnestierung aller proletarischen politischen Gefangenen fordert, mit den Stimmen der SPD. an. Die Bürgerlichen verließen den Saal.

Arbeiterdelegation nach Sowjetrußland

Die Ortsverwaltung der Zahlstelle Brand-Erbisdorf des Zentralverbandes der Glasarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands beschloß einstimmig, einen Arbeiter aus der Glasindustrie nach Sowjetrußland zu schicken, um dort die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiter zu studieren.

In der Betriebsversammlung der Sächsischen Glashüttenwerke Brand-Erbisdorf wurde ebenfalls beschlossen, einen Delegierten nach Sowjetrußland zu schicken.

Das Glashüttenwerk Poucet Brand-Erbisdorf beschloß in einer Betriebsversammlung, einen Glasarbeiter nach Rußland zu schicken, um sich persönlich von dem wirtschaftlichen Aufbau Sowjetrußlands zu überzeugen.

Als Delegierter der Glasindustrie dieses Industriebezirkes wurde der SPD.-Genosse Wilhelm Graue, Betriebsratsmitglied, vorgeschlagen und gewählt.

Arbeiter der Glasindustrie, unterstützt den Vorschlag. Die Delegationskosten bis Leningrad und zurück übernehmen die Belegschaften der ostsächsischen Glasbetriebe. Die Verpflegung in Rußland selbst übernehmen die Arbeiter der russischen Großbetriebe. Die von den Glasarbeitern herausgegebenen Sammellisten bitten wir so schnell wie möglich zirkulieren zu lassen.

Arbeiterkomitee für Rußland-Delegation Ostsachsen.

Die Schuhmacher für Delegation nach Rußland

Die gestern stattgefundene Versammlung des Verbandes der Schuhmacher, Zahlstelle Dresden, beschloß mit großer Mehrheit, auf dem Gewerkschaftskongreß die Entsendung einer Delegation nach Rußland zu beantragen.

Gleichzeitig wurde der Kandidat der Opposition, Kollege Herz-Berlin, als Delegierter für den Verbandstag mit großer Mehrheit vorgeschlagen.

Abbau bei Krupp

Antwort auf die Lohnforderungen der Metallarbeiter?

Die Direktion der Firma Krupp (Essen) brachte am 18. Juni folgenden **Anschlag in den Betrieben zum Aushang:**

„Der mangelhafte Absatz verschiedener Fabrikate und die ungenügenden Verkaufspreise zwingen uns dazu, die Herstellung von Fabrikaten, die in erster Linie unter Absatzmangel leiden, vorübergehend zu unterbrechen und die betreffenden Werkstätten bis auf weiteres stillzulegen. Nachdem in letzter Zeit bereits M. W. 3, M. W. 5, Tenderbau und Signalwerkstatt geschlossen worden sind, werden demnächst auch Kleinbau 1a, Kleinbau 3 und Feldbahnwerkstatt 4 stillgelegt.

So lange die augenblickliche Wirtschaftskrise anhält, ist es der Firma unmöglich, die von der Belegschaft vieler Betriebe vorgebrachten weitgehenden Wünsche auf Erhöhung der Akkordverdienste zu berücksichtigen. In Ausnahmefällen wird jedoch die Lohnkommission wie bisher in gemeinsamer Verhandlung versuchen, einen Ausgleich zu schaffen.

Wir halten es für unsere Pflicht, die Belegschaft auf den großen Ernst der wirtschaftlichen Lage hinzuweisen. Nur durch Zusammenarbeit der ganzen Werksgemeinschaft kann eine Verschärfung der Verhältnisse vermieden werden. Wir hoffen, daß die Belegschaft sich dieser Einsicht nicht verschließt."

Es ist interessant, zu lesen, was das „Kölner Tageblatt" zum **„Abbau bei Krupp"** zu sagen hat:

„.... Auch ist es wahrscheinlich, daß die auf die Lohnerhöhungen im Bergbau sich stützenden Forderungen der Metallarbeiter zur Beschleunigung dieser weiteren Abbaumaßnahmen beigetragen haben. Kann sich doch unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Industrie nicht anders helfen, als eine Erhöhung ihres Lohnetats durch eine Verringerung der Belegschaft auszugleichen."

Hier ist es klar: Die Abbaumaßnahmen sollen ein **Druckmittel gegen die Lohnforderungen der Metallarbeiter** sein. Krupp erklärt seinen Arbeitern: Entweder ihr werdet entlassen, oder aber ihr billigt ein in eine Lohnherabsetzung. Keines von beiden ist für die Kruppschen Arbeiter annehmbar. Sowohl die Abbaumaßnahmen in der Metall- und Bergbauindustrie, wie auch die Lohndruckkampagne der Unternehmer muß durch den geschlossenen Aufmarsch der Arbeiterschaft unmöglich gemacht werden.

Mordbrenner in Marokko

Painleve schwindelt.

In einer Zeitung lesen wir eine Unterredung des Kührers Abd el Krim, in der dieser erklärt, daß er jahrelang von dem General der Franzosen provoziert sei. Daß die Franzosen **einen barbarischen Kampf gegen Frauen und Kinder** führen, um die fruchtbaren Ebenen zu behalten, die sie unrechtmäßig besetzt haben.

In der französischen Kammer hat Painleve gestern eine Rede gehalten, in der er natürlich Frankreich als die angegriffene und beleidigte Nation hinstellt. „Telunion" berichtet dazu:

Er betonte, daß Frankreich die militärischen Operationen erst begonnen habe, nachdem festgestellt worden sei, daß große Mengen Kifftruppen durch die Grenzsicherungen des Uergatales eingedrungen waren. Frankreich sei also zu militärischem Vorgehen gezwungen worden und müsse den Krieg unter allen Umständen weiter führen. Das geringste Nachgeben würde die Gegner ermutigen und würde als Schwäche ausgelegt werden. Die Räumung des von den Kifleuten übernommenen Gebietes würde einer Räumung aller nordafrikanischen Besitzungen und einem Blutbade unter den Franzosen in Nordafrika gleichkommen. Die französische Regierung sei stets über Abd el Krims Absichten und Pläne unterrichtet gewesen. Der Führer der Kifkabylen sei mehr als einmal darauf hingewiesen worden, daß Frankreich mit ihm freundschaftliche Beziehungen unterhalten und ihm bei der Anknüpfung von Handelsbeziehungen mit den Einwohnern der Ebenen behilflich sein wolle. Painleve erklärte weiter, daß Abd el Krim die Absicht noch nicht aufgegeben habe, den heiligen Krieg auszurufen. Ein Zurückweichen vor den Aufständischen würde wohl einen Scheinfrieden herbeiführen, doch im einzelnen die Lage in Afrika verschärfen. Painleve erinnerte an die Worte Sinowjews, daß der heilige Krieg in Marokko die Stellung des Sowjets festigen müsse. Daraus hätte durch verschiedene Mitteilungen an Abd el Krim Verrat hergegangen. Der Ministerpräsident beleuchtete dann die kommunistische Propaganda in Frankreich, vor allem in den Garnisonstädten. Alle Kriegstransporte nach Marokko sollten verhindert werden. Die Lage Abd el Krims sei durch das Vorgehen der Kommunisten günstig beeinflußt worden, wenn auch die Propaganda in Marokko selbst an der Loyalität der Eingeborenen im französischen Gebiet gescheitert sei. Mit dem Beifall der Rechten, des Zentrums, der Linken und eines Teiles der Linksradikalen wurde die Sitzung vertagt.

Tumultszenen in der französischen Kammer

Oberst Picot verteidigt die Nation mit den Fäusten.

Nach Painlevés Rede beschloß die Kammer, sofort in die Besprechung der Interpellationen einzutreten. Die Kommunisten, die in ihrer Interpellation für Doriot eintraten, lehnten die russische Zivilisation gegenüber dem westeuropäischen Kapitalismus. Oberst Picot sprang erregt auf und ging tätlich gegen Doriot vor. Es kam zu einer Schlägerei zwischen beiden. Auf der Tribüne entstand große Unruhe. Mehrere Abgeordnete versuchten, die Streitenden auseinanderzubringen. Kammerpräsident Herriot vertagte darauf die Sitzung.

*

Die französischen Sozialisten retten die Mordbrennerregierung Painlevé.

Paris, 23. Juni. (Telunion.) Das Ergebnis der sozialistischen Abstimmung ist für den Antrag Compere Morell (gegen weitere Unterstützung) 60 Stimmen, Antrag Renaudel (für zeitweilige Unterstützung) 49, Antrag Auriol (für weitere Unterstützung) 12 Stimmen.